

PROTOKOLL

der 1. Ratssitzung der
XVIII. Wahlperiode der Stadt Braunschweig
am Dienstag, 8. Nov. 2011, 11.00 Uhr,
Großer Sitzungssaal, Rathaus

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Dr. Blöcker
Herr Bosse
Herr Brandes
Herr Bratmann
Herr Bratschke
Herr Dr. Büchs
Herr Disterheft
Herr Dobberphul
Herr Edelmann
Frau Dr. Flake
Herr Flake
Herr Florysiak
Herr Graffstedt
Frau Grigat
Herr Grziwa
Herr Günderen
Frau Harlfinger
Herr Heere
Herr Herlitschke
(Herr Hinrichs)
Frau Ihbe
Herr Jenzen
Frau Johannes
Frau Jonda
Herr Jordan
Frau Kaphammel
Herr Köster

Herr Kubitza
Herr Kühn
Frau Lehmann
Herr Manlik
Herr Maul
Herr Merfort
Herr Müller
Frau Ohnesorge
Frau Palm
Herr Pesditschek
Frau Plinke
Frau Rohse-Paul
Herr Rosenbaum
Herr Schatta
Herr Schicke-Uffmann
Frau Schmedt
Frau Schön
Herr Schrader
Frau Schütze
Frau Seiffert
Herr Sommerfeld
Frau Stahl
Herr Täubert
Frau Teichert
Herr Wandt
Herr Wendroth
Herr Wendt

Verwaltung:

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Erster Stadtrat Lehmann
Stadtbaurätin Sommer
Stadtrat Stegemann
Stadtrat Markurth
Dezernent Roth
Dezernentin Dr. Hesse

Ratsherr Wendt eröffnet die Ratssitzung um 11.05 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Ratsherr Wendt stellt fest, dass der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist und Ratsherr Hinrichs entschuldigt fehlt.

Der Rat tritt um 11.07 Uhr in die Beratung ein.

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1 Mitteilungen

Nr. 11987/11

Bildung der Fraktionen und Benennung der Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 Nr. 11991/11

Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsfrauen und Ratsherren gemäß §§ 60 und 43 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann verpflichtet gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) alle Ratsmitglieder förmlich, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen und die Gesetze zu beachten.

Außerdem weist er die Ratsmitglieder gemäß § 43 (NKomVG) unter Bezug auf die Mitteilung Nr. 11991/11 auf die ihnen obliegenden Pflichten nach den §§ 40 bis 42 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hin. Einen Abdruck der entsprechenden Vorschriften haben alle Ratsmitglieder erhalten.

Er bittet die Ratsmitglieder, die Verpflichtung sowie die Pflichtenbelehrung durch Unterzeichnung des ihnen vorliegenden Protokolls zu bestätigen.

Punkt 3 Nr. 14674/11

Wahl der oder des Ratsvorsitzenden und Bestellung ihrer oder seiner Stellvertreterinnen oder Stellvertreter

Ratsherr Wendt weist auf den Inhalt der Drucksache 14674/11 hin und bittet um Vorschläge.

Ratsherr Wendroth schlägt Ratsherrn Grziwa für die Wahl zum Ratsvorsitzenden vor. Ratsherr Wendt stellt fest, dass keine weiteren Wahlvorschläge vorliegen und durch Zuruf bzw. Handzeichen abgestimmt werden kann wenn niemand widerspricht. Ratsherr Sommerfeld beantragt geheime Wahl. Es findet geheime Wahl statt. Nach der Wahlhandlung stellt Ratsherr Wendt fest, dass Ratsherr Grziwa bei 44 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zum Ratsvorsitzenden gewählt worden ist. Ratsherr Grziwa erklärt auf Befragen, dass er die Wahl zum Ratsvorsitzenden annimmt.

Ratsherr Grziwa übernimmt den Ratsvorsitz und teilt mit, dass die Ratsherren Florysiak und Dr. Blöcker gleichberechtigt für die Bestellung zu stellvertretenden Ratsvorsitzenden vorgeschlagen werden. Ratsvorsitzender Grziwa stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge vorliegen und der Rat gewillt ist, offen abzustimmen.

Der Rat beschließt einstimmig, dass die Ratsherren Florysiak und Dr. Blöcker zu gleichberechtigten stellvertretenden Ratsvorsitzenden bestimmt werden.

Zur Tagesordnung teilt Ratsvorsitzender Grziwa mit, dass Punkt 5 sowie die Anträge unter Punkt 20.3 und Punkt 31.3 zurückgezogen werden. Ferner sind dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen:

- zu Punkt 8 die 1. Ergänzung zur Vorlage Nr. 14671/11
 - zu Punkt 15 die 1. Ergänzung zur Vorlage Nr. 14644/11
 - zu Punkt 20 die Mitteilung Nr. 11991/11
- und die Änderungsanträge zu den Punkten 4, 10, 20.1 und 31.1.

Ratsvorsitzender Grziwa gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der BIBS-Fraktion, Drucksache-Nr. 1983/11 – Veränderungssperre Gewerbegebiet Thune – vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Rosenbaum begründet. Ratsvorsitzender Grziwa lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass die Dringlichkeit bei Fürstimmen nicht anerkannt wird.

Ratsvorsitzender Grziwa gibt weiter bekannt, dass eine Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der Piraten, Drucksache Nr. 1578/11 - Protokollierung von Daten gemäß DA-Internet, DA-E-Mail und DA-TK - vorliegt.

Die Dringlichkeit wird von Ratsherrn Schicke-Uffmann begründet. Ratsvorsitzender Grziwa lässt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass die Dringlichkeit bei Gegenstimmen anerkannt wird und schlägt vor, die Dringlichkeitsanfrage unter Punkt 19.2 zu behandeln.

Ratsvorsitzender Grziwa teilt weiter mit, dass vorgesehen ist, den Tagesordnungspunkt II 1 im nichtöffentlichen Teil der Ratssitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Ratsvorsitzender Grziwa lässt über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Vor Beratung des Punktes 4 findet die Ehrung der wiedergewählten Ratsmitglieder anlässlich ihrer 10, 20 und 30-jährigen Ratszugehörigkeit statt.

Der Rat setzt um 12.00 Uhr die Beratung der Tagesordnung fort.

Punkt 4 Nr. 14682/11
Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ausschüsse und die Stadtbezirksräte der Stadt Braunschweig

Änderungsanträge:

Nr. 1982/11 der BIBS- Fraktion

Nr. 1979/11 der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis90/Die Grünen

Nr. 1985/11 der Fraktion Die Linke.

Nr. 1988/11 46 Anträge der Fraktion der Piraten und Mitteilung Nr. 12024/11

In der Aussprache beantragt Ratsherr Pesditschek, sämtliche Änderungsanträge zur nächsten Ratssitzung zu vertagen.

Der Rat beschließt einstimmig:

Die vorliegenden Änderungsanträge zur Geschäftsordnung werden zur nächsten Ratssitzung vertagt.

Der Rat beschließt bei zwei Gegenstimmen:

Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14682/11 wird angenommen.

Punkt 5 Nr. 14658/11
Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahl am 11. September 2011; Wahlprüfungsentscheidung

Zurückgezogen

Punkt 6 Nr. 14661/11
Bildung des Verwaltungsausschusses

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14661/11 wird angenommen.

Punkt 7 Nr. 14662/11
Wahl von bis zu drei ehrenamtlichen Stellvertreterinnen oder ehrenamtlichen Stellvertretern des Oberbürgermeisters

Ratsvorsitzender Grziwa ruft den Punkt auf und bittet um Vorschläge.
Ratsherr Wendroth schlägt für die CDU-Fraktion Ratsfrau Friederike Harlfinger vor.
Ratsherr Pesditschek schlägt für die SPD-Fraktion Ratsfrau Annegret Ihbe und Ratsherr Herlitschke schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Cornelia Rohse-Paul als eine der gleichberechtigten Vertreterinnen vor .

Ratsherr Sommerfeld beantragt geheime Wahl.

Ratsvorsitzender Grziwa unterbricht die Sitzung von 12.15 Uhr bis 12.25 Uhr zur Durchführung einer Pause. Anschließend findet geheime Wahl für jede zur Wahl vorgeschlagene ehrenamtliche Vertreterin in einem gesonderten Wahlgang statt.

Nach der Wahlhandlung für den Wahlvorschlag Harlfinger stellt Ratsvorsitzender Grziwa fest, dass Ratsfrau Harlfinger bei 44 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen als ehrenamtliche Vertreterin des Oberbürgermeisters gewählt worden ist. Sie erklärt, dass sie die Wahl annimmt.

Nach der Wahlhandlung für den Wahlvorschlag Ihbe stellt Ratsvorsitzender Grziwa fest, dass Ratsfrau Ihbe bei 45 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen als ehrenamtliche Vertreterin des Oberbürgermeisters gewählt worden ist. Sie erklärt, dass sie die Wahl annimmt.

Nach der Wahlhandlung für den Wahlvorschlag Rohse-Paul stellt Ratsvorsitzender Grziwa fest, dass Ratsfrau Rohse-Paul bei 39 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen als ehrenamtliche Vertreterin des Oberbürgermeisters gewählt worden ist. Sie erklärt, dass sie die Wahl annimmt.

Ratsvorsitzender Grziwa unterbricht die Sitzung von 13.10 Uhr bis 14.00 Uhr zur Durchführung einer Pause.

Punkt 8 Nr. 14671/11 und 1. Erg.
Bildung von Ausschüssen nach §§ 71 und 73 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)

Ratsherr Schicke-Uffmann erklärt, dass sich Ratsfrau Jonda und er in den Ausschüssen gegenseitig vertreten.

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14671/11 in der Fassung der 1. Ergänzung wird angenommen.

Punkt 9 Nr. 14675/11
Bildung des Ältestenrates

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14675/11 wird angenommen.

Punkt 10 Nr. 14681/11
Hauptsatzung der Stadt Braunschweig
Nr. 1986/11 Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Ratsherr Sommerfeld begründet den Änderungsantrag. Erster Stadtrat Lehmann verweist auf die Form der Bekanntmachung nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz. In der Aussprache beantragt Ratsherr Herlitschke, den Änderungsantrag zur nächsten Ratssitzung zurückzustellen.

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Änderungsantrag Nr. 1986/11 wird zur nächsten Ratssitzung zurückgestellt.
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14681/11 wird angenommen.

Punkt 11 Nr. 14694/11 und 1. Erg.
Neufassung der Satzung über den Ersatz von Verdienstausschlag, Auslagen, Aufwandsentschädigung, Fahr- und Reisekosten (Entschädigungssatzung)

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14694/11 wird in der Fassung der 1. Ergänzung angenommen.

Punkt 12 Nr. 14630/11
Bestellung von zwei städtischen Vertretern als Mitglieder des Grundstücksverkehrsausschusses

Der Rat beschließt bei einer Enthaltung:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14630/11 wird angenommen.

Punkt 13 Nr. 14683/11
Entsendung bzw. Wahl von Vertretern der Stadt in Gesellschafterversammlungen oder der Gesellschafterversammlung entsprechende Organe

Ratsherr Wendroth bittet in der Anlage 4 auf Seite 7 der Vorlage als Vorschlag der CDU-Fraktion Herrn Frank Täubert einzusetzen.

Der Rat beschließt bei einer Enthaltung:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14683/11 wird mit der Änderung in der Anlage 4 angenommen.

Punkt 14 Nr. 14677/11 und 1. Erg.
Entsendung und Benennung von Aufsichtsratsmitgliedern, Verwaltungsratsmitgliedern sowie Konsortialausschussmitgliedern

Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14677/11 wird in der Fassung der 1. Ergänzung angenommen.

- Punkt 15 Nr. 14644/11 und 1. Erg.
Wahl von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“
- Ratsfrau Lehmann schlägt Herrn Ingo Schramm und Ratsherr Schicke-Uffmann Herrn Oliver Schönemann als Vertretern der Stadt in der Verbandsversammlung vor.
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14644/11 wird in der Fassung der 1. Ergänzung angenommen.
- Punkt 16 Nr. 14646/11
Vertreterinnen oder Vertreter der Stadt in den Organen des Vereins Braunschweigische Landschaft e. V.
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14646/11 wird angenommen.
- Punkt 17 Nr. 14642/11
Bestellung von Vertreterinnen und Vertretern der Stadt in Organisationen und Einrichtungen
1. Vertreterinnen und Vertreter sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Stadt im Verwaltungsausschuss des Staatstheaters
 2. Vertreterinnen und Vertreter der Stadt im Vorstand der Jüdel-Stiftung
- Der Rat beschließt nach Aussprache einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14642/11 wird angenommen.
- Punkt 18 Nr. 14647/11
Wahl einer Vertreterin bzw. eines Vertreters der Stadt in die Mitgliederversammlung des Forschungsflughafens Braunschweig e. V. sowie einer Stellvertreterin bzw. eines Stellvertreters
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14647/11 wird angenommen.
- Punkt 19 Anfragen:
(Beginn: 14.25 Uhr)
- 19.1 Nr. 1576/11
Planungsstand Bauvorhaben Firma Eckert & Ziegler
Anfrage der BIBS-Fraktion
- Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurätin Sommer (Anlage 1).
Zusatzfragen werden beantwortet.
- 19.2 Nr. 1578/11
Protokollierung von Daten gemäß DA-Internet, DA-E-Mail und DA-TK
Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der Piraten
- Die Beantwortung erfolgt durch Erster Stadtrat Lehmann (Anlage 2).
- (Ende: 14.40 Uhr)

Punkt 20 Errichtung einer 5. Integrierten Gesamtschule

Zu diesem Punkt liegt die Mitteilung Nr. 11999/11 vor.

20.1 Nr. 1973/11

Bürgerbefragung zur Einrichtung einer 5. IGS in Braunschweig

Antrag der Fraktion der CDU

Nr.1975/11 – Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Nr.1990/11 und Nr.1991/11 – Änderungsanträge der Fraktion der CDU

20.2 Nr. 1970/11

Errichtung einer 5. IGS

Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS, Die Linke., Piraten

Ratsherr Wendroth begründet die Änderungsanträge der Fraktion der CDU.

Es erfolgt zunächst Aussprache über die Beratungsfolge des Punktes. Der Antrag von Ratsfrau Ohnesorge auf getrennte Beratung des Themas Bürgerbefragung wird bei 2 Fürstimmen abgelehnt.

Es findet eine gemeinsame Beratung der Anträge statt.

Nach Aussprache beantragt Ratsherr Rosenbaum Punkt 20.2 vor Punkt 20.1 abzustimmen. Der Antrag wird bei Gegenstimmen angenommen.

Ratsvorsitzender Grziwa stellt zunächst den Antrag Nr. 1970/11 zur Abstimmung. Anschließend lässt er über die einzelnen Ziffern des Änderungsantrags Nr.1975/11 unter Berücksichtigung der Änderungsanträge Nr.1990/11 und Nr.1991/11 abstimmen.

Der Rat beschließt bei Gegenstimmen:

Der Antrag Nr. 1970/11 wird angenommen.

Der Rat beschließt weiter:

Die Ziffer 1 des Änderungsantrags Nr. 1975/11 wird bei einer Enthaltung angenommen.

Die Ziffer 2 des Änderungsantrags Nr. 1975/11 wird einstimmig angenommen.

Die Ziffer 3 des Änderungsantrags Nr. 1975/11 wird in der Fassung der Ziffer 3 des Änderungsantrags Nr. 1991/11 bei Gegenstimmen angenommen.

Die Ziffer 4 des Änderungsantrags Nr. 1975/11 wird in der Fassung der Ziffer 4 des Änderungsantrags Nr. 1991/11 bei Gegenstimmen angenommen.

Die Ziffern 5 und 6 des Änderungsantrags Nr. 1975/11 werden angenommen.

20.3 Nr. 1964/11

Einrichtung einer 5. IGS

Antrag der Fraktion der SPD

Nr. 1969/11 Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Vom Antragsteller zurückgezogen.

20.4 Nr. 1960/11

Errichtung einer 5. Integrierten Gesamtschule

Antrag der BIBS-Fraktion

Vom Antragsteller zurückgezogen.

- Punkt 21 Nr. 14635/11
Wahl des Kreisjägermeisters und des Jagdbeirates
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14635/11 wird angenommen.
- Punkt 22 Nr. 14664/11 und 1. Erg.
Wertgrenzen
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14664/11 in der Fassung der 1. Ergänzung wird angenommen.
- Punkt 23 Nr. 14583/11 u. 1. Erg.
Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14583/11 in der Fassung der 1. Ergänzung wird angenommen.
- Punkt 24 Nr. 14627/11
Haushaltsvollzug 2011
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 89 und 91 Abs. 5 NGO
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14627/11 wird angenommen.
- Punkt 25 Nr. 14618/11 u. 1. Erg.
Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schapener Holz u. a.“
- Ratsherr Dr. Büchs weist darauf hin, dass der Naturschutzbund nicht beteiligt wurde. Zur Klärung wird die weitere Beratung zunächst zurückgestellt.
- Punkt 26 Nr. 14539/11 u. 1. Erg.
Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Art und Umfang der Straßenreinigung in der Stadt Braunschweig (Straßenreinigungsverordnung)
- Der Rat beschließt einstimmig:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14539/11 in der Fassung der 1. Ergänzung wird angenommen.
- Punkt 27 Nr. 14559/11
Wasserwerk Lamme; Einstellung der Trinkwassergewinnung und Aufhebung der Wasserschutzgebietsverordnung
- Der Rat beschließt nach Aussprache bei 3 Gegenstimmen:
Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14559/11 wird angenommen.

- Punkt 28 Nr. 14620/11 u. 1. Erg.
Veränderungssperre für den Bebauungsplan „Steuerung von Vergnügungsstätten in der Innenstadt“, IN 244
Stadtgebiet innerhalb des Wallrings, begrenzt durch den Bosselgraben, den Gaußberg und den Wendenmühlengraben im Norden, den Theaterwall, Magnitorwall, Löwenwall, Klint und John-F.-Kennedy-Platz im Osten, Augusttorwall, Bruchtorwall und Kalenwall im Süden und im Westen durch den Neustadtmühlengraben

Der Rat beschließt einstimmig:

Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14620/11 in der Fassung der 1. Ergänzung wird angenommen.

- Punkt 29 Nr. 14584/11
Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Am Mascheroder Holz 1“, MA 68
Stadtgebiet zwischen Alte Kirchstraße, Friedhof, Kleingartenanlage „Zu den Linden“ und Am Mascheroder Holz
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Der Rat beschließt bei einer Enthaltung:

Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14584/11 wird angenommen.

- Punkt 30 Nr. 14607/11
Bebauungsplan mit Gestaltungsvorschrift „Efeuweg“, GL 49
Stadtgebiet Gemarkung Gliesmarode, Flur 2, Flurstücke 27/7 und 27/25
Behandlung der Stellungnahmen, Satzungsbeschluss

Der Rat beschließt bei einer Enthaltung:

Der Beschlussvorschlag der Drucksache Nr. 14607/11 wird angenommen.

- Punkt 31 Anträge:
31.1 Nr. 1961/11 und Nr. 1967/11
Sicherheit am Bahnübergang Steinriedendamm
Antrag der BIBS-Fraktion
Nr. 1984/11 Änderungsantrag der BIBS-Fraktion

In der Aussprache beantragt Ratsherr Herlitschke Überweisung an den Bauausschuss.

Der Rat beschließt nach Aussprache einstimmig:

Der Antrag auf Überweisung an den Bauausschuss wird angenommen.

- 31.2 Nr. 1971/11
Einrichtung weiterer Ganztagschulen
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS, Die Linke., Piraten

Auf Antrag von Ratsherrn Wendroth unterbricht Ratsvorsitzender Grziwa die Sitzung zur Durchführung einer Pause von 17.45 Uhr bis 18.00 Uhr. Anschließend findet bis 18.05 Uhr die Einwohnerfragestunde statt.

Danach wird die Sitzung zunächst mit der Beratung des zurückgestellten Punktes 25 fortgesetzt bevor dann Punkt 31.2 weiter beraten wird.

Punkt 25 Nr. 14618/11 u. 1 Erg.
Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schapener Holz u. a.“

In der Fortsetzung der Aussprache erläutert Stadtbaurätin Sommer die Beteiligung des Naturschutzbundes. Ratsherr Herlitschke beantragt Überweisung an den Planungs- und Umweltausschuss zur Klärung und ggfs. Nachholung der Beteiligung. Die Vorlage soll zur nächsten Ratssitzung erneut vorgelegt werden.

Der Rat beschließt nach Aussprache:
Der Antrag auf Überweisung an den Planungs- und Umweltausschuss wird angenommen.

31.2 Nr. 1971/11
Einrichtung weiterer Ganztagschulen
Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, BIBS, Die Linke., Piraten

Nach Aussprache beschließt der Rat einstimmig:
Der Antrag Nr. 1971/11 wird angenommen.

31.3 Nr. 1974/11
Wirtschaftliche Lage der Stadt – Abbildung im Jahresabschluss
Antrag der BIBS-Fraktion

Vom Antragsteller zurückgezogen.

Ratsvorsitzender Grziwa stellt fest, dass keine nichtöffentliche Mitteilung vorliegt und der Rat der Stadt alle Punkte der Tagesordnung behandelt hat. Er schließt die Ratssitzung um 18.45 Uhr.

gez.

Dr. Hoffmann
Oberbürgermeister

gez.

Grziwa
Ratsvorsitzender

gez.

Geppert
Protokollführerin

Stadt Braunschweig

Anlage 1

Stellungnahme der Verwaltung

		Fachbereich/ Referat	Nummer
		Abt. 61.4	8329/11
zur Anfrage Nr. 1576/11 d. Frau/Herrn/Fraktion Fraktion BIBS vom 26. Okt. 2011		Datum 01.11.2011	
		Genehmigung gez. Grziwa, Karl	
Überschrift Planungsstand Bauvorhaben Firma Eckert & Ziegler		Dezernenten Dez. III	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 08. Nov. 2011	TOP 19.1	

Anfrage der BIBS-Fraktion (Drucksache 1576/11) zur Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig am 08.11.2011 zum Thema: Planungsstand Bauvorhaben Firma Eckert & Ziegler (Firma E & Z)

Anfragen:

1. Welche Gespräche, Beratungs- und/oder Informationsgespräche, Anfragen, Bauvoranfragen oder sonstige mündliche oder schriftliche Erörterungen/Planungen mit welchen Ergebnissen hat es bis dato zwischen der Verwaltung und der Firma E & Z gegeben, was eine bauliche Veränderung/Erweiterung des Betriebes durch einen Hallenneubau „westlich des bestehenden Firmenkompleses“ oder in einer sonstigen Himmelsrichtung betrifft?
2. Welche Gespräche, Beratungs- und Informationsgespräche, Anfragen, Bauvoranfragen oder sonstige mündliche oder schriftliche Erörterungen/Planungen mit welchen Ergebnissen hat es bis dato zwischen der Verwaltung und der Firma E & Z gegeben, was eine bauliche Veränderung/Erweiterung des Betriebes durch einen Hallenneubau auf dem bestehenden Firmengelände „zur Kapazitätserweiterung“ betrifft?
3. Welche Gespräche, Beratungs- und Informationsgespräche, Anfragen, Bauvoranfragen oder sonstige mündliche oder schriftliche Erörterungen/Planungen mit welchen Ergebnissen hat es bis dato zwischen der Verwaltung und der Firma E & Z gegeben, was eine bauliche Veränderung/Modernisierung des Betriebes durch einen Umbau auf dem bestehenden Firmengelände („Bauen im Bestand“) betrifft, um „einige alte Anlagen der Firma zu ersetzen“?

...

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung sieht es als ihre Aufgabe an, einerseits berechnete Sorgen der Bevölkerung gegenüber der Firma Eckert & Ziegler, Strahlen- und Medizintechnik in Braunschweig-Wenden sowie dem Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt als zuständiger Genehmigungsbehörde zum Ausdruck zu bringen, andererseits aber auch allen ansässigen Unternehmen durch eine frühzeitige Beratung die Rahmenbedingungen für mögliche Betriebserweiterungen darzustellen. Vor diesem Hintergrund haben in der Vergangenheit mehrere Gespräche mit Eckert & Ziegler stattgefunden. Dies vorangestellt beantworte ich die Anfragen zusammenfassend wie folgt:

Am 01.12.2009 wurden im Rahmen einer Bauberatung für die Errichtung einer Produktionshalle mit Büro und Ausstellungsbereich schwerpunktmäßig das geltende Planungsrecht und das Erfordernis der Beteiligung des Staatlichen Gewerbeaufsichtsamtes Braunschweig erörtert.

Auf die Bitte der Firma Eckert & Ziegler hin hat es im Mai 2011 Gespräche u. a. mit Frau Stadtbaurätin Sommer und Herrn Dezenten Roth gegeben. Hierbei stellte Eckert & Ziegler, Strahlen- und Medizintechnik in Braunschweig-Wenden ihre Idee eines Hallenneubaus, westlich des bestehenden Firmenkompleses, vor. Als Grund wurde eine beabsichtigte Kapazitätserweiterung im Rahmen der bisherigen strahlenschutzrechtlichen Genehmigung genannt. Es liegt der Bauverwaltung jedoch bis dato kein Bauantrag oder eine Bauvoranfrage für eine betriebliche Erweiterung vor.

Am 23.08.2011 wurden im Rahmen einer Beratung der O. M. Architekten die Erfolgsaussichten für den Abriss eines vorhandenen Windfangs und der Neubau eines Windfangs mit 2 Büroräumen und einer Wartezone erörtert.

Die mit Bescheid vom 10.08.2011 erteilte Nutzungsänderung für die Änderung von Lagerräumen in Büroräumen wurde GE Healthcare Buchler und nicht Firma Eckert & Ziegler erteilt.

I. V.

gez.

Sommer

Stadt Braunschweig**Anlage 2****Stellungnahme der Verwaltung**

		Fachbereich/ Referat	<i>Nummer</i>
		Dez. II	8332/11
zur Anfrage Nr. 1578/11 d. Frau/Herrn/Fraktion Piraten - Fraktion vom 10. Nov. 2011		Datum 08.11.2011	
		Genehmigung	
Überschrift Protokollierung von Daten gemäß DA-Internet, DA-E-Mail und DA-TK		Dezernenten Dez. II	
Verteiler Rat	Sitzungstermin 08.11.2011	TOP 19.2	

ES GILT DAS GESPROCHENE WORT!**Dringlichkeitsanfrage der Fraktion der Piratenpartei vom 7.11.2011 zur Ratssitzung am 8.11.2011 zum Thema Protokollierung von Daten gemäß DA-Internet, DA E-Mail und DA-TK****Stellungnahme der Verwaltung**

Die Stadt Braunschweig bietet die Telekommunikationsdienste wie Internet und E-Mail Ihren Beschäftigten nur zur dienstlichen Nutzung an und ist damit kein Öffentlicher Diensteanbieter. Das bei der Stadt hierzu aufgestellte Regelwerk wurde bisher von allen Fraktionen akzeptiert, die ebenfalls die von der Stadt angebotenen Telekommunikationsdienste nutzen wollten. Sollten die getroffenen Regelungen für die Fraktionen nicht akzeptabel sein, können die von der Stadt angebotenen Telekommunikationsdienste den Fraktionen nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies vorausgeschickt, beantworte ich ihre Fragen wie folgt:

1. Wieso sind alle in DA-Internet, Abschnitt 6, Punkt 1 genannten Daten für die geschäftsmäßige Erbringung der Telekommunikationsdienste einschließlich des Schutzes technischer Systeme erforderlich?

Die Stadt Braunschweig hat nur die dienstliche Nutzung des Internets und von E-Mails zugelassen. Deshalb greifen hier nicht die Vorschriften des Telekommunikationsgesetzes (TKG) und des Teledienstedatenschutzgesetzes (TDDSG), sondern nur des NDSG. Damit der Anwendungsbereich des TKG eröffnet wäre, müsste ein Telekommunikationsdienst geschäftlich an einen Dritten erbracht werden. Beschäftigte sind nicht als Dritte zu betrachten, da die Dienste ausschließlich im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses erbracht werden.

2. Welche Vorkehrungen wurden getroffen um zu verhindern, dass auch der Internet-, Email- oder Telefonverkehr der Fraktionen protokolliert wird?

Da es sich bei Email und Internet um ein rein dienstliches Angebot handelt, auf das die Fraktionen zu den bekannten Konditionen zugreifen können, wurden keine Vorkehrungen getroffen, den Internet- und Emailverkehr der Fraktionen nicht zu protokollieren. Eine Herausnahme bestimmter Bereiche ist auch technisch nicht möglich. Für den Telefonverkehr gilt die Regelung der Nr. 5.3 der DA über die Nutzung der TK-Anlage wonach u. a. auch für die Fraktionsgeschäftsstellen lediglich die

Nebenstellennummer und die Tarifeinheiten erfasst werden. Damit ist in diesem Bereich keine weitere Auswertung möglich.

3. Welchem Personenkreis wurden die erstellten Protokolldaten oder Zusammenfassungen derselben zugänglich gemacht?

Der Zugriff auf die erstellten Protokolldateien ist nur einem sehr eingeschränkten Personenkreis von Administratoren möglich (maximal sieben Mitarbeiter der Stelle 10.43 Server und Datenbanken). Die Sichtung derartiger Daten erfolgt ausschließlich bei vorliegenden Verdachtsmomenten unter strenger Einhaltung eines vorgegebenen Verfahrens unter Beteiligung des IT-Sicherheitsbeauftragten und Information der Personalvertretung. Da sich die damit verfolgten Kontrollziele lediglich auf städtische Dienstkräfte beziehen, wurden niemals Daten der Fraktionen einem anderen Personenkreis zugänglich gemacht.